

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Rebaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlag und Anzeigenabteilung: Geschäftsräume 9-3 Uhr
Berleger: Dorow'sche Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Stillstand in Locarno.

Kurze Vormittagsitzung, keine Nachmittagsitzung.

Locarno, 10. Oktober. (WZ.) Die heutige Vollziehung der Konferenz begann kurz nach 11 Uhr. Man nimmt an, daß sie nicht sehr lange dauern wird, weil die gestrigen Besprechungen über den Artikel 16 noch keine irgendwie greifbaren Unterlagen geschaffen haben, auf die sich die Diskussion einer Vollversammlung aufbauen ließe. Die Konferenz sitzt am Wochenende also nach wie vor fest. Unter diesen Umständen ist die Beurteilung in deutschen Kreisen auch heute morgen ernst.

Die Vormittagsitzung dauerte 1 1/2 Stunden. Gegen 12 Uhr fuhr der Reichskanzler mit Staatssekretär Kampfer zum Hotel Elysade zurück, bald darauf verließ Dr. Stresemann das Justizgebäude. Die Konferenz hat beschlossen, die für heute nachmittags angeetzte Vollziehung abzujagen.

Der amtliche Bericht.

Locarno, 10. Oktober. (WZ.) Das von den Delegationen vereinbarte Kommuniqué lautet: Es wurden heute auf Grund der von den Juristen ausgearbeiteten Abänderungsvorschläge die Artikel des Paktenkonvents in zweiter Lesung durchberaten. In der Einleitung wurde der Aufzählung der vertragschließenden Staaten der Name Italiens hinzugefügt, der im Londoner Textentwurf nicht enthalten war. Diese Hinzufügung bestätigt die Erklärungen des italienischen Delegierten hinsichtlich der Absicht Italiens, an dem Sicherheitspakt als Garant unter den gleichen Bedingungen sich zu beteiligen, wie Großbritannien. — Die Erörterung ergab die endgültige Formulierung der Mehrzahl der Artikel des Entwurfs. Die übrigen Artikel wurden einer späteren Erörterung vorbehalten. Die nächste Zusammenkunft findet am Montag, 12. Oktober, 10.30 Uhr vormittags, statt.

Den heutigen Sitzungstagen Nachmittag besuchen Chamberlain, Briand, Culler und Stresemann zu einer gemeinsamen Motorbootfahrt auf dem Lago Maggiore.

Kritisches Konferenzstadium.

London, 10. Oktober. (WZ.) Nach Ansicht des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ ist die Konferenz von Locarno insofern in ein kritisches Stadium getreten, als nunmehr die östlichen Schiedsgerichts- und Garantieverträge zur Besprechung kommen müssen. In London hält man daran fest, daß die englische Delegation dabei bestehen müsse, die östlichen Garantieverträge nicht mit dem Rheinlandpakt zu verbinden. Dies habe Baldwin in seiner Rede in Brighton bestätigt, der erklärte, daß die englischen Verpflichtungen sich nur auf den Rheinlandpakt erstrecken sollen. Briand habe auf der einseitigen Garantie Frankreichs über die Ostverträge bestanden, deren Eintreten aber von der Entscheidung des Völkerbundes abhängig sei.

Ein Wirtschaftsangebot Briands.

Locarno, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Über die zweistündige Unterredung Dr. Stresemanns mit Briand am Freitagvormittag erfahren wir: Der französische Außenminister hat in freundschaftlichster Weise auf die günstigen Folgen einer deutsch-französischen Verständigung für die gesamte europäische Lage hingewiesen; besonders ausführlich wurden bestimmte wirtschaftliche Dinge und die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit auf diesem Gebiete besprochen. Was den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund anbelangt, so betonte Briand, daß alle Fragen, die Deutschland am Herzen liegen, nach dessen Eintritt viel leichter der Lösung entgegengeführt werden können als in Locarno. Alle Vorbehalte Deutschlands zu gewissen Artikeln des Völkerbundespaktes können erst nach dem Eintritt zur Diskussion gestellt werden. — Auch die Entwaffnungsfrage und die Räumung der Kölner Zone wurden besprochen, und zwar mit dem Ergebnis, daß die Meinungsverschiedenheiten über die Schutzpolizei, soweit sie die schwierige Frage der technischen Ausrüstung betreffen, als gelöst zu betrachten sind. Dr. Stresemann äußerte sich am Freitagabend sehr befriedigt über die Unterhaltung mit Briand. Er verwies insbesondere auf dessen Betonung einer wirtschaftlichen Annäherung. In dieser Beziehung habe Briand ganz bestimmte Pläne im Auge, die auf Stresemann ihren Eindruck nicht verfehlt zu haben scheinen. Alles in allem dürften die Äußerungen Briands wesentlich für die am Sonnabend in der Vollziehung erwarteten deutschen Erklärungen maßgebend sein. Sie spielten bereits in der am Freitagabend abgehaltenen Delegationsitzung eine große Rolle.

Wie wir außerdem erfahren ist im Verlauf der Konferenzdebatte von deutscher Seite auch die Frage der Kolonialmandate angeschnitten worden. Von allierter Seite wurde erwidert, daß Deutschland durch seinen Eintritt in den Völkerbund ohne weiteres auch in dieser Hinsicht gleichberechtigt mit den anderen Großmächten würde. Im übrigen hat man allgemein den Eindruck, daß die Reise Tschitscherins nach Berlin und dessen Angriffe und Herabsetzungen des Völkerbundes während seines Besuchs bei Hindenburg, worüber man hier sehr genau unterrichtet ist (1), auf die Haltung der deutschen Delegation bestimmte Rückwirkungen gehabt haben.

Paris, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach den Mitteilungen der Blätter sollen sich die Unterredungen in Locarno am Freitag auch auf zahlreiche nicht zur offiziellen Tagesordnung gehörende Fragen bezogen haben. So berichtet der „Quotidien“, daß man über die deutsche Entwaffnung am Freitag bereits zu so weitgehendem Einverständnis gelangt sei, daß insbesondere über die De-

ganisation der deutschen Polizei eine Einigung unmittelbar bevorstehe. Unter diesen Umständen werde wahrscheinlich der Termin der Räumung Kölns noch in Locarno festgestellt werden können. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß die Konferenz, falls nicht die deutsche Delegation ihre bisherige Haltung ändert, Mitte der nächsten Woche mit einem vollen Erfolg zu Ende gehen wird.

Völkerbund und Garantiefrage.

Paris, 10. Oktober. (WZ.) Die Agence Havas berichtet aus Locarno, in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund scheine kein Fortschritt erfolgt zu sein. Heute sei die Stellungnahme der Alliierten den Deutschen wohl bekannt, und es sei ihnen nicht möglich, sie abzuändern, da diese Frage ausschließlich der Zuständigkeit des Völkerbundsrats unterstehe. Nach dieser Richtung seien Gerüchte im Umlauf, die man dementieren müsse. Es sei unrichtig, daß die Konferenz daran gedacht hätte, eine sofortige außerordentliche Tagung des Völkerbundsrats einzuberufen. In dem Problem der französischen Garantie des deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Schiedsvertrages scheine gestern abend ein ernstlicher Fortschritt angebahnt worden zu sein. Gewisse Formeln seien von den Juristen geklärt worden, worüber sich die Konferenz heute zu entscheiden habe. Es sei übrigens möglich, daß der heutige Tag nicht genügen werde, um einen endgültigen Text festzusetzen, aber man müsse schon jetzt als eine wichtige Tatsache, die geeignet sei, die Verständigung zu erleichtern, die Erklärung ansehen, die der polnische Außenminister gestern abend abgegeben habe.

London, 10. Oktober. (WZ.) Der „Times“-Vertreter in Locarno meldet: Es besteht guter Grund zu der Annahme, daß die polnische Delegation zu der Ueberzeugung gelangt ist, der französischen Garantie der östlichen Schiedsverträge sei in der französischen und der polnischen Presse eine Wichtigkeit beigemessen worden, die sie nicht verdienen. Die Frage dreht sich jetzt vielmehr um Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Man glaubt, daß, wenn Deutschland in den Bund eintrete unter der Bedingung, die Säkung des Bundes ohne Vorbehalt anzunehmen, und wenn Artikel 16 unanändert bleibe zusammen mit den Rechten und Pflichten Frankreichs gemäß diesem Artikel, dann könne Polen ohne Gefahr auf die französische Garantie verzichten und sogar auf eine Verbindung der Ostverträge mit dem Westpakt. Aber in diesem Falle fordere der polnische Standpunkt, daß der französisch-polnische Vertrag und die Rechte und Pflichten Frankreichs gemäß Artikel 16 der Bundescharta in Kraft bleiben. Der tschechoslowakische Standpunkt scheint ähnlich zu sein. Im Anschluß hieran sagt „Times“ in einem Leitartikel:

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird eine große Veränderung in der ganzen Atmosphäre des Völkerbundes bedeuten,

und es ist fessam, daß die deutsche öffentliche Meinung sich noch nicht genügend den großen Vorteil klargemacht hat, die die Mitgliedschaft in dieser internationalen Institution bedeutet. Es ist unter den bestehenden Verhältnissen nahezu undenkbar, daß Deutschland zögern oder eine Ausnahmehandlung verlangen sollte.

Ein Vertreter der „Westminster Gazette“ in Locarno erzählt von gut unterrichteter Seite, Polen bestche nicht auf der Garantie Frankreichs, vorausgesetzt, daß im Sicherheitspakt anerkannt werde, daß kein Hindernis für einen Durchmarsch Frankreichs durch die entmilitarisierte Zone zu Polens Bestande bestehe, wenn Polen von Deutschland angegriffen werden sollte. Was ein französisches Durchmarschrecht durch Deutschland zur Unterstützung Polens gegen einen russischen Angriff betreffe, so sei Polen bereit, hierauf nicht zu bestehen und dadurch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu erleichtern. Der Bericht schließt: Somit scheint das Problem des Paktens im Westen wie im Osten auf gutem Wege zu einer Regelung zu sein.

Saarländische Delegation nach Locarno.

Saarbrücken, 10. Oktober. (WZ.) Um für den Fall der Verhandlung der Saarfragen die Interessen des Saargebietes in genügender Weise vertreten zu können, begibt sich heute eine saarländische Delegation nach Locarno. Ihr gehören an die Herren Köchling und Schmelzer (Sp.) sowie Levaquer (Z.).

Optimismus an der Börse.

Auf Grund privater Nachrichten aus Locarno.

Der heutige Börsensonnabend hatte wiederum sehr stillen Verlauf. Die gut besetzte Tendenz war aber unverkennbar. Auf Grund günstiger Privatmeldungen aus Locarno glaubt die Börse optimistisch sehen zu dürfen. Das Rheinland rechnet mit sehr günstigen Rückwirkungen auf das Kohlegeschäft, namentlich in bezug auf Räumung, der Halben. Dementprechend lagen Montanwerte sämtlich fest und stiegen teilweise bis über 3 Proz., da gar keine Ware im Markt war. Auch heute lagen wieder einige Auslandsaufträge vor, namentlich aus der Tschechoslowakei. Im Vordergrund des Interesses stehen Montan- und Elektrowerte. Sonstige Mediapapiere lagen ruhig, aber ohne Verlebr. Schiffahrtsaktien bei den Terminpapieren und bei den variablen völlig vernachlässigt. Der Geldmarkt ist weiter erleichtert. Erste Firmen erhalten täglich Geld bereits zu 8 bis 8 1/2 Proz.

Die Tschechoslowakei hat sich verpflichtet, an Amerika während 18 Jahren jährlich drei Millionen Dollars zu zahlen. Die darauf folgenden Zahlungen werden fortschreitend vermehrt. Die gesamte Abzahlung der tschechischen Kriegsschuld von 115 Millionen Dollar ist auf 62 Jahre verteilt.

West und Ost.

Gebietsgarantien und Schiedsverträge.

Von den beiden Schwierigkeiten, die einem Erfolg der Konferenz in Locarno im Wege stehen, kann nur eine von der Konferenz unmittelbar gelöst werden. Die Frage des Durchmarsches durch Deutschland — Abänderung oder beide Teile befriedigende Kommentierung des Artikels 16 der Völkerakte — kann endgültig nur vom Völkerbund selbst gelöst werden; die Konferenz muß sich darauf beschränken, die Lösung vorzubereiten. Anders steht es mit der Verbindung des Westpakt mit den geplanten Ostverträgen und der Garantienrolle, die Frankreich zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn spielen will. Hier wird durch eine Vereinbarung der Konferenzteilnehmer, sofern sie die Zustimmung der Parlamente findet, in letzter Instanz alles erledigt.

Im deutschen Memorandum vom 9. Februar d. J. war nach dem Westen hin ein wirklicher Garantievertrag vorgeschlagen, d. h. ein Vertrag, durch den die bestehenden Grenzen im Westen durch den freien Willen der Vertragspartner gesichert werden sollten. Für den Osten aber waren nur Schiedsverträge in Aussicht gestellt nach der Art, wie sie Deutschland schon mit anderen Staaten geschlossen hat. Deutschland gab damit die Erklärung ab, daß es sich im Westen bei der Grenzfestlegung durch den Vertrag von Versailles beruhigen wolle, für den Osten aber wurde eine solche Erklärung nicht gegeben.

Diese Differenzierung zwischen West und Ost rief in Polen starke Beunruhigung hervor. Man schloß aus ihr, daß Deutschland auf etwaige territoriale Ansprüche im Westen nur verzichte, um solche Ansprüche im Osten desto nachdrücklicher verfolgen zu können. Man sah sich nach einem Schutz gegen Deutschland um und richtete den Blick fragend auf den Bundesgenossen Frankreich. Für Polen, oder wenigstens für einen Teil der öffentlichen Meinung Polens, stellte sich demnach das Problem so, ob Frankreich, um sich selber Ruhe zu sichern, aufhören wollte, Polen gegen deutsche Ansprüche zu schützen.

Zwischen der Haltung Deutschlands Polen gegenüber und der französischen Garantienrolle besteht also ein innerer Zusammenhang. Je mehr man auf der anderen Seite an unfernündliche deutsche Absichten gegen Polen glaubt, desto hartnäckiger wird Frankreich in seiner Absicht sein, als Bundesgenosse Polens auch die Rolle des Garantens für den deutschen Pakt mit Polen zu übernehmen. Und doch ist diese Verbindung eine konstruktive Unmöglichkeit. Von einem Garantien muß man verlangen, daß er das Verhalten beider Teile ruhig und unvoreingenommen beobachtet, um gegebenenfalls eine vollkommen unparteiische Entscheidung fällen zu können. Wie aber soll das möglich sein? Nach den bisherigen Erfahrungen ist anzunehmen, daß bei jedem deutsch-polnischen Streitfall der größte Teil der französischen Presse leidenschaftlich für Polen Partei greifen wird. Auch in dem Fall, daß Deutschland recht hätte, könnte die französische Regierung durch ein Eintreten für Deutschland in Gegenfah zu einem starken Teil der französischen Volksmeinung geraten, und wäre dem Vorwurf ausgeleht, das Bündnis mit Polen „verrotten“ zu haben. Man kann ebensowenig Bundesgenosse und Garant zugleich sein, wie man Richter in eigener Sache sein kann.

Ganz anders läge der Fall dann, wenn Frankreich zu Deutschland in demselben Freundschaftsverhältnis stünde wie zu Polen, dann wäre es in allen Streitfällen der natürliche Schiedsrichter. Aber so weit sind wir noch nicht, wenn wir auch hoffen, uns auf dem Weg dahin zu befinden, so weit werden wir auch nach Locarno noch nicht sein!

Frankreich ist der Bundesgenosse Polens, Frankreich ist deshalb an der Frage der deutsch-polnischen Grenzen nicht in dem Maße desinteressiert wie vielleicht England. Wenn immer und in welcher Form immer deutsch-polnische Grenzfragen aufgeworfen werden, wird Frankreich auf Seite Polens stehen.

Warum hat die deutsche Februarnote den Unterschied zwischen Westen und Osten gemacht? Von Deutschland aus gesehen, scheint es ja sehr billig, den vielberedelten „Verzicht auf Elsaß-Lothringen“ zu erklären, man verzichtet damit auf ein Land, das man nicht bekommen kann und das gar nicht zu Deutschland zurück will. Und doch ist der „Verzicht auf Elsaß-Lothringen“ ein großer Fortschritt, weil er in Frankreich Beruhigung schafft und zum Ausdruck bringt, daß es territoriale Streitfragen zwischen den beiden großen Nachbarvölkern nicht mehr gibt.

Deutschland wird nicht, wie es Frankreich getan hat, vierzig Jahre lang an Elsaß-Lothringen denken, es wird nicht, wie es Frankreich getan hat, von der Tatsache des Verlustes Elsaß-Lothringens keine ganze auswärtige Politik bestimmen lassen — endlich einmal soll der Streit um dieses Stück Erde zur Ruhe kommen, und damit wird der Weg zu einer deutsch-französischen Annäherung frei.

Eine Geste gleicher Art auch nach der polnischen Seite hin war eine psychologische Unmöglichkeit. Die Abschneidung Ostpreußens vom übrigen Deutschland durch den Korridor, die Zerreißung Oberösterreichs sind für Deutschland zu schmerzliche Tatsachen, als daß eine deutsche Regierung in Form eines feierlichen Staatsvertrages erklären könnte, Deutschland wolle sich damit abfinden.

Damit ist aber nicht gesagt, daß die deutsche Außenpolitik irgendeine Aktivität zur Neuregelung der Obergrenzen ent-

falten sollte und könnte. Gewiß, wäre es möglich, auf dem Weg friedlicher Vereinbarung zu einer Neuordnung zu gelangen, so würde das in Deutschland allgemein begrüßt werden. Leider jedoch sind für das Gefühl der Völker Gebietsfragen noch immer Kriegsfragen. Über den Krieg als Mittel zur Neuordnung des Verhältnisses der Staaten zu einander abhebt, für den werden Grenzfragen immer heikle Fragen bleiben, die mit äußerster Vorsicht behandelt werden müssen.

Zu einer solchen Vorsicht ist Deutschland nicht nur durch die bestehenden Machtverhältnisse gezwungen; sie entspricht zweifellos auch dem Willen einer gewaltigen Mehrheit des deutschen Volkes. Diese Mehrheit denkt nicht daran, in irgendeiner absehbaren Zeit das blutige Würfelspiel um verlorenes Land wieder aufzunehmen. Der Stimmung des deutschen Volkes entspricht die Bereitwilligkeit der Regierung, auch im Osten Schiedsverträge abzuschließen und auf den Krieg als ein Mittel zur Entscheidung schwebender Streitfragen zu verzichten.

Gerechterweise wird also anerkannt werden müssen, daß der Abschluß eines förmlichen Carantepaktis im Westen in Verbindung mit gleichzeitig abzuschließenden Schiedsverträgen im Osten einen ganz gewaltigen Fortschritt zur Befriedung Europas darstellen würde. Es ist falsch, auf die Differenzierung zwischen West und Ost ein übertrieben großes Gewicht zu legen. Die abzuschließenden Verträge sind nach beiden Seiten hin in ihrem Kern wieder Kriegsverträge. Je stärker sie als solche von den Völkern empfunden und in ihrem Willen aufgenommen werden, desto geringer wird die Bedeutung der Unterschiede, die bei ihrer Formulierung gemacht werden müssen.

Die Verträge, die in Locarno vorbereitet werden, wären von deutscher Seite doppelt garantiert dadurch, daß sie einmal von einer Rechtsregierung abgeschlossen, zum anderen aber vom Willen und der Überzeugung der Opposition in Deutschland getragen würden. Heute stehen die Dinge so, daß die Deutschnationalen auf die Unnachgiebigkeit der andern Seite spekulieren, weil sie ihnen die Befreiung aus einer schwierigen Lage brächte, während die Sozialdemokraten auf Zugeständnisse und Entgegenkommen von beiden Seiten hoffen, weil ein positives Ergebnis der Konferenz in Locarno in der Richtung ihrer eigenen Friedenspolitik liegt.

Alle diejenigen in Deutschland, die sich aus den Vorstellungen der alten Machtpolitik nicht befreien können, wünschen der deutschen Regierung in Locarno höchstes Wetter. Alle diejenigen, die eine neue Politik und ein neues Europa wollen, wünschen ihr gutes Wetter. Sollte das nicht ein Fingerzeig sein für die Mächte, die in Locarno das politische Wetter machen?

### Zum Tode Hugo Preuß.

Der Tote und sein Werk.

Der Tod des Schöpfers der deutschen republikanischen Reichsverfassung hat der Presse aller Richtungen Anlaß gegeben, nicht nur zum Mann, sondern auch zu seinem Werk Stellung zu nehmen. Die Presse der „größten Regierungsparthei“ hat sich dabei die Gelegenheit nicht entgehen lassen, über die Verfassung von Weimar ihre häßlichen Randbemerkungen zu machen. Aber das Auffällige an ihrer Kritik ist, daß sie in keiner Weise als schöpferisch betrachtet werden kann. Man verzeichnet Ausdrücke des Mißvergnügens über die Republik und den demokratischen Parlamentarismus, aber keine Spur eines Vorschlages, wie es besser gemacht werden könnte.

Am bestheten ist der Vorwurf, daß die Verfassung von Weimar zu sehr nach westeuropäischen Mustern geformt und daher „undeutsch“ sei. Wie aber eine „deutsche“ Verfassung aussehen sollte, darüber erfährt man kein Sterbenswort.

Gerade diese Art der Kritik zeigt, wie fest das Werk begründet ist, das der Verstorbene in Gemeinschaft mit den Verfassungsparteien, d. h. vor allem der Sozialdemokratie, ge-

schaffen hat. Wohl ist die Gefahr, daß die Verfassung eines Tages zum Gegenstand dilettantischer Experimente gemacht werden könnte, noch nicht vorüber, aber die Erfahrung der letzten sieben Jahre zeigt, daß die Republik die geschichtliche Logik auf ihrer Seite hat. Man soll doch nicht vergessen, daß es zwar eine Rechtsregierung, aber doch eine Regierung der Deutschen Republik ist, die jetzt in Locarno mit den Siegern im Weltkrieg auf dem Fuß der Gleichberechtigung verhandelt. Man soll nicht vergessen, daß es die Deutsche Republik ist, die unter Berufung auf die Grundzüge der Demokratie dem deutschen Volk trotz seiner schweren Niederlage Gleichberechtigung und Weltachtung schrittweise zurückkämpft. Wenn die deutschen Unterhändler in Locarno Erfolge erhoffen, die wir ihnen aufrichtig gönnen und wünschen, so ist die innere Grundlage, von der aus sie diese Erfolge erstreben, die der demokratischen Republik. Es gibt keine andere Grundlage, von der aus ein neuer Aufstieg außen und innen möglich wäre.

Die Anerkennung dieser Tatsache lebt auch im dämpfenden Unterbewußtsein jener Schichten, denen es nicht möglich ist, eine positive Einstellung zu den gegebenen Verfassungsverhältnissen zu gewinnen. Darum trägt ihre Haltung beim Tode des Schöpfers der deutschen republikanischen Reichsverfassung keineswegs den Charakter einer überzeugungsstarken Gegnerenschaft. Ein paar antilemische Dreadpräger und einige dröhnende Plattitüden — weiter reicht es nicht. Auch ein politisch minderbegabter Leser müßte bemerken, daß das eine wenig würdige Art ist, Lebensfragen der Nation, wie es Verfassungsfragen sind, zu behandeln.

In der Zeit, in der sich seine „nationalen“ Kritiker in alle Löcher verkrachten hatten, trat Hugo Preuß auf den Plan und leistete Entschuldigendes für das deutsche Volk. Das können sie ihm nicht vergessen. Wenn sie ihn lästern, ist es für ihn nur eine Ehrung.

### Beileidsandgebungen des A.-B.-Bundes.

Der Bundesvorstand des A.-B.-Bundes, auf dessen Münchener Tagung Hugo Preuß sein letztes großes politisches Referat hielt, hat der Witwe des Verstorbenen das nachstehende Beileidsschreiben übermittelt:

„Ja denn Abscheiden Ihres von uns hochgeschätzten Gatten sprechen wir Ihnen das herzlichste Beileid aus. Wir denken in diesem Augenblick mit besonderer Dankbarkeit an den Lichtvollen Vortrag, den der Schöpfer unserer republikanischen Verfassung vor kurzer Zeit als eine seiner letzten großen Reden auf dem Münchener A.-B.-Kongress über den sozialen Inhalt des neuen deutschen Volksstaates gehalten hat.“

Sie, verehrte Frau Reichsminister, hatten selbst Gelegenheit, Zeuge des gespannten Interesses und der Begeisterung zu sein, womit die Delegierten unserer Verbände den Worten des Verstorbenen folgten. Seine Teilnahme an unserer Münchener Tagung wird in der Geschichte unserer sozialen Arbeiterbewegung unvergesslich bleiben. Unser A.-B.-Bund wird diesem großen sozialen Republikaner ein stetes und ehrendes Andenken zu wahren wissen.“

Zu der Trauerfeier wird sich der A.-B.-Bundesvorstand durch seine Vorstehenden vertreten lassen.

### Voreiliger Optimismus?

„Kölnische Zeitung“ gegen „Vorwärts“.

Die deutschvolksparteiische „Köln. Ztg.“ polemisiert heute morgen, wie uns ein Privattelegramm aus Köln meldet, heftig gegen den „Vorwärts“ und seine Berichterstattung aus Locarno. Sie schreibt:

Auch Deutschland wünscht einen Völkerbund, in dem alle Nationen auf dem Boden der Gleichberechtigung die friedliche Arbeit dieses Völkerbundes sichern. So lange aber diese Gleichberechtigung nicht vorhanden ist, so lange Deutschland vollständig entwaffnet mitten unter hochauferbauten Nationen ist, so lange noch die nördliche Rheinlandzone unerschmäht befehzt ist, so lange noch am deutschen Rhein fremde Militärs und Ordnanzen registren, so lange keine Nachbarstaaten Deutschlands eine Nachprüfung der deutschen Entwaffnung im Völkerbund durchsetzen können, so lange noch die Gefahr besteht, daß die Investigationen im Rhein-

land in Kraft gesetzt werden, so lange werden die amtlichen Vertreter des Deutschen Reiches das Risiko, das sie mit dem Eintritt in den Völkerbund in seiner heutigen Form auf sich nehmen, doch schwerer und verantwortungsvoller zu bewerten haben, als es der „Vorwärts“ heute in seinem leichtfertigen Artikel tut.

Damit vergleiche man die Meldung der gleichfalls völksparteiischen, Herrn Stresemann noch näherstehenden „Tägl. Rundschau“ aus Locarno in ihrem heutigen Morgenblatt. Sie besagt kurz und trocken:

Die juristischen Sachverständigen hatten heute eine längere Beratung, in der man sich eingehend mit dem Artikel 16 beschäftigte, und es kann gemeldet werden, daß man sich über eine neue Formulierung dieses Artikels geeinigt hat. Hiermit ist eine der hauptsächlichsten Schwierigkeiten überwunden worden, und man nimmt an, daß die weiteren Beratungen namentlich glatter verlaufen gehen werden. Allgemein ist man der Ansicht, daß die Konferenz bereits am nächsten Donnerstag wird geschlossen werden können.

Das klingt, wie jedermann zugeben wird, etwas anders als die Deklamationen der „Köln. Ztg.“ Ist das nun auch „voreiliger Optimismus“ und „leichtfertig“?

### Ein Pfästerchen auf die Wunde!

Schiele, Schulgesetz und deutschnationaler Partei.

Selten ist ein Gefeuchtwort so einmütig abgelehnt worden wie der des deutschnationalen Innenministers zur „Reform“ der Volksschule. Es hagelt täglich Resolutionen und Proteste. Ohne Unterschied der Parteien sieht man in dem Entwurf den Versuch, die Volksschule im Gegensatz zu den klaren Bestimmungen der Reichsverfassung der geistlichen Aufsicht auszuliefern und den Lehrer einem Bewußtseinszwang zu unterwerfen, was nicht nur dem Geist unserer Kultur, sondern auch dem Geist des Reformators Luther widerspricht. Die deutschnationalen Parteiführer sind dieser Einflut erregter Proteste gegen das Werk ihres Innenministers hilflos gegenüber. Kein Wort der Entgegnung. Kein Wort der Verteidigung. Ja, die „Bommerische Tagespost“, das Organ der Reaktionskräfte unter den Deutschnationalen, veröffentlichte sogar eine Entschuldigende des Bommerschen Lehrervereins, die einem Mißtrauensvotum gegen Schiele gleiche, ohne sich bemüht zu fühlen, auch nur eine Zeile hinzuzufügen. Es sah so aus, als sei Schiele von seiner eigenen Partei im Stich gelassen worden.

Man meldet sich die Parteileitung der Deutschnationalen Sachsen mit einer schüchternen Resolution, in der die Schularbeit Schieles als eine „geeignete Grundlage für die Verordnung“ bezeichnet wird. Besonders geeignet für Sachsen. Sie entspreche den Wünschen weitestverbreiteter Kreise. Sie sei durchaus geeignet, die Ausführung gewisser Verfassungsbestimmungen zu gewährleisten. ... Aber, aber ...

„Es ist erforderlich, daß bei der Endgestaltung des Gesetzes die berechtigten pädagogischen und wirtschaftlichen Anforderungen beachtet werden und daß die staatsrechtliche Stellung des Lehrers gewahrt wird.“

Ein Pfästerchen auf die Wunde? Ach nein, auch hier Jenfur mangelhaft, wenn auch in einer Zukertüte überreicht.

### Der Landratsprozeß von Liebenwerda.

Das Urteil.

Lorgan, 10. Oktober. (BS.) Heute mittag wurde in dem Prozeß gegen Landrat Bogl und Spartaassistenten Meeres das Urteil gefällt. Danach werden die Angeklagten Bogl und Meeres wegen einer gemeinschaftlich begangenen Untreue Bogl mit einer Gefängnisstrafe von 5 Monaten, Meeres außerdem wegen Vergehens gegen § 348 des Strafgesetzbuches mit einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt. In den übrigen Punkten der Anklage werden beide Angeklagten freigesprochen. Die Unteruchungshof wird voll angedreht. Die Kosten des Verfahrens tragen, soweit Zurteilung erfolgt ist, die Angeklagten, im übrigen die Staatskasse.

## Polizei und Dichter.

Von Paul Gutmann.

Die merkürliche Feindschaft, die im Tierreich zwischen Hund und Kogge besteht, scheint unter den Menschen eine Parallele im Verhalten der Polizei gegen den Künstler, besonders den Dichter zu finden. Tiere sind der Bekämpfung nicht immer zugänglich. Deshalb kann man dem Dackel nicht beibringen, daß die Stubenflöhe ein ganz harmloses Geschöpf ist. Der Polizei ließe sich vielleicht doch einige nützliche Kulturnote über das Wesen des Dichters geben, so daß sie in Zukunft bei ihm keine stundenlange Hausdurchsuchungen hält, ihn nicht in seiner, wie man weiß, so gewinnbringenden Arbeit hindert oder ihn gar ins Gefängnis wirft. Böswillige könnten allerdings einwenden, daß die Wut der Polizei gegen den Dichter im Konkurrenzneid ihre Wurzel hat. Die Unbilligkeit ist für den Polizisten eine der hauptsächlichsten Grundlagen seines Berufes, ebenso wie für den Dichter eine nie verjagende Quelle neuer Stoffe. Vielleicht beruht jene Feindschaft also wirklich auf einer Art Futterneid. Wir wollen aber der Polizei so niedere Motive nicht zutrauen, sondern sind der Meinung, daß sie den Dichter überhaupt nicht kennt.

Wisse also, o Polizist: Der Dichter ist kein schlechter Mensch, weil er schlechte Menschen darstellt. Schiller hat sich nicht gegen den § 250 des Strafgesetzbuches vergangen, weil er in den „Räubern“ mit großer Sachkenntnis deren Handwerk geschildert hat. Kleist hat es ferngelegten, im „Michael Kohlhaas“ zum Landfriedensbruch aufzufordern. Shakespeare war kein fähiger Gast in Verbrecherzellen, weil er über sämtliche Schändlichkeiten der menschlichen Bestie so genau Bescheid gewußt hat. „Florian Geyer“ von Gerhart Hauptmann bedeutet keine Aufforderung zum Aufruhr und die „Weber“ unterliegen keineswegs dem Gesetz zum Schutz der Republik. Ein Dichter, der ein verrufenes Haus schildert, predigt darum noch nicht das Laster. Flaubert hat in seiner „Madame Bovary“ durchaus nicht den, ach so beliebten Gebrauch verderrlichen wollen.

Aber, Hand aufs Herz, Herr Polizist, Sie kennen ja gar nicht die genannten Herrschaften. Sie wissen nur, der Dichter ist jener ekelhafte Kerl, der überall seine Nase hineinsteckt und sogar dort noch um Verzeihung plädiert, wo der Staatsanwalt sein „Lebenslängliches Zuchthaus“ hindonnert. Der Dichter hat ein Herz, wo Sie einen Paragraphen oder haben, ja, der Dichter sympathisiert unter Umständen mehr mit Ihren Sträflingen als mit Ihnen.

So liegt es freilich nahe, daß Sie das Laster als Ihre Domäne ansehen und es nicht den Händen des neugierigen Dichters ausliefern wollen. Die Tatsache, daß es gefallene Mädchen gibt, beanruchtigt Sie nicht weiter, weil Sie genau wissen, wo die Gefesensübertretung beginnt, und wo Sie einzuschreiten haben. Der Dichter zertrouft sich die Brust über die Schmach, die an seinen Schwestern begangen wird, obwohl es ihn gar nichts angeht und er ja nicht die Strafgesetze für sie zu zahlen hat. So gleicht dieser Hamsdanz in

allen Gassen jenem Mann im „Simplicissimus“, vor dem das zufällig von ihm beobachtete Paar auf der Redoute Reichthum nimmt, mit den Worten: „Psui, der unschändige Kerl sieht zu!“ Dieser unverständige Kerl ist in Ihren Augen der Dichter. Daß Unsauberkeiten geschehen, ist in Ihrem Weltplan vorgesehen. Aber eine Gemeinheit ist es, wenn sich ein Dichterkind die Unsauberkeit vor aller Augen, nämlich in zwangig gefassten und fünfzig verheulten Bänden, aufdeckt. Da müssen Sie die Würde der beleidigten Gesellschaft wahren. Wo können wir denn hin, wenn dieser Kurpfuscher sich der Straftaten und Vergehen bemächtigt wie ein von Amts wegen dazu befehllter Beamter. Dieser Herumstreicher, der meist keinen festen Wohnsitz hat, häufig im Konkubinat lebt, Schulden macht und keine oder wenig Steuern zahlt, soll das Recht haben, sich zum Sittenrichter auszuspielen oder etwa noch Gnade zu üben, wie jener in Frankfurt zuständige, später nach Weimar verzogene Goethe, der einer Kindsmörderin Strafverlaß zuspricht mit den Worten: „Ob auch dieser armen Seele, die nur einmal sich vernehmen, dem Verzeihen.“ ...? Der sie sogar zu den heiligen erhebt! Das ist, das kann in Ihren Augen nichts anderes sein, als die unbefugte Annahme eines öffentlichen Amtes, Strafgesetzbuch § 132.

Das Rätsel des Schachautomaten gelöst. Eine spät und ganz un erwartet kommende Indiskretion hat endlich das Geheimnis gelüftet, das seit Jahr und Tag über einem mechanischen Phänomen schwebte, das seinerzeit die ganze zivilisierte Welt in Atem gehalten hat. Es war dies der berühmte Schachautomat, ein Apparat aus Stahl und Eisen, der äußerlich die gelungene Nachbildung eines türkischen Zauberers war und vor etwa dreißig Jahren überall, namentlich aber in den Kreisen der Schachwelt lebhaftes Aufsehen erregte. Der ganze Mechanismus moß in der Höhe nicht mehr als 1,50 Meter, davon entfielen 1,20 Meter auf die Figur des Türken und 0,30 Meter auf den Sockel der Figur. Es schien vollständig abgeschlossen, daß sich im Innern dieses Organismus, der noch durch ein Gemirr von Räderchen, Drähten und Hebelchen verkleinert war und vor jeder Vorführung in geöffneter Zustand demonstriert wurde, ein Mensch verborgen konnte. Ein Betrug schien deshalb ganz ausgeschlossen. Die mechanische Figur zeigte zudem beim Spiel mit den Schachfiguren die charakteristischsten feilen Bewegungen, wie man sie von Automaten her kennt. Wenn die lebendigen Partner, die gegen die Figur spielten, einen falschen oder regelwidrigen Zug taten, so warf die Puppe mit heftiger Bewegung das Schachbrett um. Die Schachspieler, und unter ihnen die berühmtesten, drängten sich ihr Können mit dem des Automaten zu messen, mußten sich aber zu ihrem Leidwesen davon überzeugen, daß sie hierbei stets den kürzeren zogen. Es war direkt unheimlich, und das umsomehr, als es völlig unerklärlich schien. Jetzt endlich kommt von Amerika des Rätsels Lösung. Danach hat in dem Wunderautomaten trotz allem ein Mensch gesteckt, und zwar ein sehr kleiner, der aber einer der bedeutendsten Schachspieler der Welt war. Er hieß Harry Pillsbury und streute sich als amerikanischer Schachmeister lange Zeit hindurch des Ruhs der Unbestechbarkeit. Mit ungläublicher Geschwindigkeit hatte es der kleine Matador ermöglicht, doch irgendeine im Innern der Figur Platz zu finden, ohne erkappt zu werden,

wobei er es natürlich alles eher als bequemt hatte. Trotzdem brachte er es fertig, die Schachfiguren handhabenden Hände der eisernen Puppe aus dem Schachbrett zu dirigieren, und zwar so gut und gleichzeitig so überlegen, daß er jede Partie gewann und niemand den Schwindel merkte.

Ähnliche Museumsführungen. Auch im kommenden Winter finden in den staatlichen Kunstsammlungen zu Berlin öffentliche Sonntagsführungen (10—11½ Uhr) durch Direktoren oder andere wissenschaftliche Beamte und Angestellte statt. Thema und Führerleiter werden in der Tagespresse und durch Aushang in den Museen selbst bekanntgegeben. Zufahrtarten ebenda vor Beginn der Führungen (50 Pf.). Die Teilnehmerzahl richtet sich nach der Größe des beanspruchten Saales und der zu betrachtenden Kunstwerke. Jede Führung ist in sich abgeschlossen.

Ziel der Veranstaltung ist die Erschließung der Kunstsammlungen durch Einführung auch in fernerelegende Kulturen, sowie als Anleitung zu verständnisvollem Sehen. Das gehörte Wort erscheint vielen Besuchern vor dem Kunstwerk eindringlicher als das gesehene, und da die beste Reproduktion die Schönheit von Skulptur und Malerei nicht völlig wiedergibt, dürften Vorträge vor Originalen schwer zu entbehren sein.

„Die medizinische Wissenschaft und das wertfähige Volk.“ Unter dem Motto „Die medizinische Wissenschaft und das wertfähige Volk“ veranstaltet die Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft unter ihrem Ehrenvorsitzenden Dr. Schmidt-Ott im Krupp-Saal des Städtischen Saalbaus in Essen in der Zeit vom 25. bis 31. Oktober eine medizinische Woche. Die Rotgemeinschaft findet regste Unterstützung für diese Veranstaltung, vor allem durch die Gewerkschaften des Ruhrgebiets. Auf einem wichtigen Teilgebiet der deutschen Wissenschaft, der medizinischen, soll vor der Arbeiterschaft ein Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Forschung gegeben werden, um darzulegen, wie diese Fragen das gesamte Volk, vor allem auch die Arbeiterschaft angehen. Die Eröffnung der medizinischen Vorträge soll am Sonntag, den 25. Oktober, vormittags erfolgen.

Erstausführungen der Woche. Mont. Staatsb. Virandello-Gall. Spiel. Dienst. Festung: „Hier unter Ulmen“. Mitt. Schiller: „Weihe der Steinle“, „Die Heide“. Mitt. Schiller: „Rienmontag“. Donn. Staatsb.: „Miraneta“. — Theater: „A. Koster“. Frau Warents Gewerbe. Kreis. Kammerhaus: „Rohr oder Adler“. — Abend: „Circus-Debut“. — Kammerbühne: „Parable will nicht heiraten“. — Berliner Th.: „Uff. Uff.“. Sonnab. Staatsb.: „Quintal“. — Th. a. Kurfürstentum: „Wonnig mollig“.

Arten-Vorträge. Sonnab. 5 Uhr: „Das Gesicht des roten Kupfers“. Sonn. 7 Uhr: „Bodan Strauß“. Von Montag ab täglich: „Durch das Land Abb. el. Krims“. Donnerst. Freitag 7 Uhr: „Das Land der tausend Freuden“. — Im Hofaal: „Uw. d. Amerikas“.

Musikchronik. Luise Walter, eine fünfzehnjährige Gitarrenistin, spielt Sonntag im Weitzsaal Gitarrensolos von Sor, Giuliani, Albeniz, Zarzuela und Bach.

Die dritte öffentliche Kirchensinfonie wurde in Rostau geschlossen. Die Veranstaltung hat die Geschichte der Sinfonienkonzerte von 1923 bezeugt, wonach das Sinfonieorchester aufgehoben und die Synode die höchste kirchliche Gewalt erhielt. Mit geringer Stimmzahl wurde die ukrainische Kirche für selbständig erklärt.

# Hergts Elberfelder „Triumph“.

Die Deutschnationalen und der Völkerbund.

Ueber die Elberfelder Versammlung vom 5. Oktober, in der Herr Hergt nicht gerade glänzend abgeschnitten zu haben scheint, ist schon berichtet worden. Der völkischen Presse aber gefällte die Geschichte so gut, daß sie nicht müde wird, das schon bekannte durch immer neue Einzelheiten zu ergänzen. So läßt sich das „Deutsche Tageblatt“ aus Elberfeld u. a. noch folgendes mitteilen:

Ueber den sehr heißen Punkt des Sicherheitspaktes ging Herr Hergt recht oberflächlich hinweg. Recht eigenartig mutete es aber an, daß er verkündete, die Deutschnationalen wären gegen einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Als der deutschvölkische Reichstagsabgeordnete Hennings demgegenüber in seinen Entgegnungen feststellte, daß die Deutschnationalen im Auswärtigen Ausschuss sich kürzlich für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bekannt hätten, und die Ausführungen Hergts demgemäß eine bewusste Unwahrheit darstellten, um seine Wähler dumm zu kaufen, da ging selbst über die Gesichter der Unentwegt-Deutschnationalen in der Zuhörerschaft ein bestürztes Erstaunen. Hergt konnte den Ausführungen Hennings auch nicht widerprechen. Seine ausweichende Antwort, „er persönlich habe im Auswärtigen Ausschuss gar nicht das Wort ergriffen“, erregte im Saale einen Sturm der Heiterkeit und lebhaften Entrüstungs- rufe.

Da die Rede des Grafen Westarp im Auswärtigen Ausschuss, unter den verfassungsmäßigen Schutz strengster Vertraulichkeit fällt, müssen wir uns verlagen, auf die Streitfrage, was eigentlich von den Deutschnationalen erklärt wurde, näher einzugehen. Aber auch ohne ein Geheimnis zu verraten, darf man wohl sagen, daß der Standpunkt der Deutschnationalen auch in dieser Frage ein echt deutschnationaler, d. h. ein fünfzigprozentiger, ist. Sie stehen hier und können auch anders.

Von Herrn Hergt und der Rolle, die er in der Elberfelder Versammlung spielte, wird dann gesagt: „Es hagelten geradezu moralische Ohrfeigen auf ihn herunter, während er selbst immer mehr in sich zusammensank.“ Es scheint danach in den Auseinandersetzungen zwischen den echten Vertreter völkischer Belange und den noch echteren recht gemühten zugegangen zu sein.

## Die Stahlhelmdepesche.

Selbst die Gefinnungsfreunde rücken ab.

Die Lügendepesche des Hallenser Stahlhelms an den Innenminister Schiele veranlaßt selbst die „Tägliche Rundschau“, die den Bestrebungen des Bundes nahesteht, zu einer sehr klaren Stellungnahme. Sie erklärt, daß sie den Angaben der Depesche von vornherein keinen Glauben geschenkt hat, und fährt dann fort:

„Wir wissen sehr wohl, daß überall mit der Verschiedenheit der Temperamente zu rechnen ist, und wo einmal die Leidenschaften besonders erregt sind und die Führung in besonders temperamentvoller Hand liegt, ist die Gefahr auf allen Seiten sehr nahe gerückt, daß die Gefinnungsgegenseite schärfer als gut ist aufeinanderprallen. In jedem Falle aber erscheint es besonders bedauerlich, wenn eine Sache, deren Ziel wir gern unsere Sympathie zuwenden möchten, sich durch blinde Leidenschaflichkeit ins Unrecht setzt und fällt — besonders in der Jugend und in der Masse — echte Hingabe und Begeisterung für das Vaterland zugleich mit der Achtung vor Gesetz und Ordnung zu pflegen, den inneren Antrieben schürt und die strenge Wahrheitsliebe außer acht läßt. Daraus kann nichts Gutes entstehen und dem Vaterlande kein Heil erwachsen.“

Die Depesche der Hallenser Düstertlinge hat also das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung hervorgerufen. Die Leiter des Hallenser Stahlhelms haben sich selbst bei ihren bisher sehr geduldsigen Freunden verächtlich und unmöglich gemacht, die deutschnationale Heppresse hat wieder einmal ihre Gewissenlosigkeit in bengalischer Beleuchtung gezeigt und Reichsinnenminister Schiele ist schon allein durch die Tatsache blamiert, daß man ihm den Empfang einer solchen Depesche zumuten konnte.

## Etwas für den Landbund.

Prüfungen deutschnationaler Verwaltungsbeamter.

Im Lande wird jetzt um die Neubildung der Kreistage und Provinziallandtage gekämpft. Da die Landbündler und ihr deutschnationaler Anhang wissen, daß nach der großen Blamage der deutschnationalen Reichspolitiker hierbei keine großen Vorbeeren zu gewinnen sind, bemühen sie sich, etwas Besonderes zu bieten. Von dem Landbund der Provinz Sachsen wird beispielsweise berichtet, daß er sich bestreift, Material über „Unregelmäßigkeiten in den Verwaltungen“ zusammenzubohlen.

Diesen Bestrebungen gegenüber gewinnt ein Bericht an Interesse, der in Nummer 80 des Halleischen „Landboten“ aus Banzfeld, Mansfelder Gebirgskreis, abgedruckt wird. Der Bericht lautet:

„Am Dienstag, dem 22. September, erregte hier die Anwesenheit eines Landjägersaufgebotes in Stärke von 5 Mann großes Aufsehen. Der Gemeindevorsteher Richter von hier, der nicht — frei nach dem Landbundwahlausruf — seine Fähigkeiten in den sozialistischen Gewerkschaften erworben hat, sondern ein Schüler der Alldutschen war, hat Schiffschiff erlitten. Schwere Urkundenfälschung und Unterschlagung von etwa 100 Reichsmark Erwerblosengeldern und Unterschlagung von vermutlich 500 Reichsmark Gemeindegeldern begangen zu haben, hat er bereits vor den Landjägern ein Geständnis abgelegt. Die Untersuchungen werden fortgesetzt. Der Landrat ist sofort zur Amtsenthebung geschritten und hat die Geschäfte dem Schöffen Rothmann übergeben. Um dem Disziplinerverfahren auszuweichen, hat Richter sein Amt niedergelegt. Aus diesem Grunde ist für Mitte Oktober die Neuwahl eines Gemeindevorstehers angeordnet worden.“

Wir können verstehen, daß dieser Vorfall, der uns die Verwaltungskreise eines deutschnationalen Verwaltungsbeamten besonders drastisch vor Augen führt, für die Materialsucher des Landbundes der Provinz Sachsen peinlich ist. Trotzdem wird der Fall registriert werden müssen, soll die Materialsammlung Anrecht auf Vollständigkeit haben.

Abg. Eppstein verhaftet. Wie der „Roten Fahne“ gemeldet wird, wurde der preussische Landtagsabgeordnete Eppstein auf richterlichem Befehl in seiner Wohnung verhaftet. Da Eppstein sich unter Berufung auf die Immunität weigerte, freiwillig zu folgen, drangen die Beamten gewaltsam in die Wohnung ein und führten Eppstein ins Gerichtsgebäude. — Wenn die Angaben richtig sind, wird die Justizverwaltung Auskunft geben müssen, warum sie eine flagrante Verletzung der Abgeordnetenimmunität angeordnet hat. Ist Eppstein etwa in seiner Wohnung bei einer strafbaren Handlung „betroffen“ worden?

Die Auftraggeber des Maffeo-Mordes, Ross, Martineß und Süppel sollen nicht erst freigesprochen, sondern gleich auf Grund der letzten Anklage strafrechtlich werden. Sie wissen nämlich zuviel, als daß man ihnen mehr tun dürfte.

# Denkmalwahn sinn.

Es sind wirklich sonderbare Heilige, die bei uns für des Volkes Wohl und Zufriedenheit sorgen. Da ist die „Siegesallee“, das jämmerliche Kitschprodukt einer verlogenen Zeit. Anstatt jene Trümmer einer jeden Geschmacks baren, zuimmer unkinstlerischen Zeit endgültig auf dem Schutthaufen verschwinden zu lassen, ist man voll Eifer dabei, die hohenpölnische Künzengalerie neu aufzuarbeiten. Wenn August dem Schiefhügeligen die kleine Zehe abbricht, so werden mehrere Duzend Sachverständigenkommissionen in Bewegung gesetzt, um den allerhöchsten Krümel zu renovieren. Für Otto den Faulen, den kleinen Schmarozer aus dem Geschlecht der großen Schmarozer, läßt ein entfesseltes Geheimratskomitee Zehntausende von Mark auf die Straße werfen.

Wenn das Volk darbt, haften unsere Schwarzweihroten Patrioten die Zeit anscheinend überhaupt besonders geeignet für karnevaleskische Volksbelustigungen. Augenblicklich ist die Einweihung von Denksteinen an das große Massenmorden des Weltkrieges zur nationalen Manie geworden. Man könnte nun schon von vornherein sagen, sorgt für die hungernden Lebenden, ehe ihr Erinnerungsmale an die Millionen Opfer eines unfeligen Systems der Gewalt unter pompösen Latam errichtet. Während Tausende an Unterernährung zugrunde gehen, während die raschfichtige volksfeindliche Politik der

## Morgen Sonntag vormittag ist Flugblattverbreitung in allen Abteilungen Groß-Berlins. Hierzu finden sich sämtliche Mitglieder in den bekanntesten Lokalen ein.

Schwerechtsregierung den Proletariat immer tiefer in Not und Verzweiflung hebt, indes die Massen des Kapitals sich mit der erregten Beute füllen, ist ein Stück trocken Brottausendmal mehr wert als hundert tüchtige Granitblöcke. Aber wie sie feiern, das ist noch das Bescheidenste! Selbst der Tote ist diesen Hagardeuren Spekulationsobjekt. Es ist kein innerliches Gedenden an jene Verstümmelten und Zerstampften, die in Massengräbern ruhen. Hier ist keine Spur irgendwelcher Erkenntnis. An den schwarzweihrot tapezierten Kriegerdenkmälern, die mit schwülstiger Gebärde ihre militärischen Sprüche aussagen, sind die vier Jahre des Schreckens anscheinend völlig spurlos vorübergegangen. Welches Verbrechen der Mißbrauch von zwei Millionen toten deutschen Soldaten ist, den diese entfesselten Helmtrieger betreiben, geht ihnen nicht in den Sinn.

Am 25. Oktober hat die Berliner Bevölkerung Gelegenheit, mit jenen kläglichen Konjunkturpolitikern gründlich abzuregen. Diese Leute, für die die nationalistische Phrase gerade gut genug scheint, um das Volk mit neuen Betrugsmandern einzulassen, sind der gefährlichste Hemmschuh für die gesunde Entwicklung einer Millionenstadt. Hunderttausenden von Kennern sind in den verflochtenen Monaten über die deutsche Betrugspartei, die sich in schauerlicher Verkennung ihrer wahren Natur deutschnational zu nennen wagt, die Augen geöffnet worden. Der 25. Oktober muß eine sozialdemokratische Wehrheitbringen. Dieser Kampf für die Sozialdemokratie ist letzten Endes kein Kampf für eine Partei, sondern ein Gesamtkampf für die Interessen des schaffenden Volkes, und darauf kommt es an.

## Ein gefährlicher Liebhaber.

Er wollte seine Braut im Schlaf erschießen.

Eine Eiferjuchstragödie rief gestern spät abends in dem Hause Gerichtstraße 76 große Aufregung hervor. Im Quergebäude wohnt dort bei einer Frau A. als Untermieter ein 24 Jahre alter aus Spandau gebürtiger Arbeiter Fritz Steppke. Dieser erhielt gestern abend den Besuch seiner Braut Frieda Werner und geriet mit ihr in Streit, weil er sie in seiner Eiferjucht der Untreue beschuldigte. Das Mädchen bestritt, daß er dazu Veranlassung habe, und so kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung. Richtig zog Steppke einen Revolver und gab ihm seine Braut drei Schüsse ab. Einer traf sie in die rechte Schulter, der zweite in den linken Unterarm und der dritte in die linke Hand. Nachbarn, die auf den Lärm und die Schüsse herbeieilten, fanden das Mädchen zusammengebrochen daliegen. Steppke stand im Begriff, sich selbst zu erschießen, wurde aber daran gebindert. Die Verletzungen des Mädchens sind nicht lebensgefährlich, aber doch so schwer, daß es nach dem Birkow-Kronenhause gebracht werden mußte. Steppke wurde der Kriminalpolizei vorgeführt und von ihr vernommen. Wie er sagt, war er mit dem Mädchen seit einigen Monaten verlobt. Er glaubte aber, daß seine Braut ihm untreu sei. Er beschloß daher, sie und sich selbst zu erschießen. Zu diesem Zwecke fuhr er nach Fürstenuweide und kaufte sich dort einen Revolver. Gestern trotz er seinen Nebenbuhler auf dem Wedding, stellte ihn zur Rede und gab ihm eine Ohrfeige, worauf der Beschlagene davonlief. Abends besuchte ihn seine Braut und hat ihn nach einer heftigen Auseinandersetzung um Verzeihung. Er blieb aber bei seinem Plan und wollte die Braut veranlassen, bei ihm zu übernachten, um sie dann im Schlaf zu erschießen. Als sie sich weigerte, griff er gleich zum Revolver und gab drei Schüsse ab, nachdem er seine Wirtin, die seine Schwester ist, eingeschlossen hatte.

## Nachschule für Knologie.

An der Tierärztlichen Hochschule wurde kürzlich unter Beteiligung aller interessierten Kreise eine Fachschule für Knologie eröffnet. Die Anregung zu ihrer Errichtung ging vom Deutschen Schäferhundverband aus, der zur Durchführung seines Planes die Unterstützung der Tierärztlichen Hochschule und des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten fand. In der Begrüßungsansprache betonte der Rektor der Tierärztlichen Hochschule, daß in der Fachschule Praktiker und Theoretiker gemeinsam arbeiten wollten. Man würde sich u. a. mit der Anatomie, der Physiologie, der Psychologie und der Vererbungslehre beschäftigen. Für die Leistungsprüfungen der Hunde wollte man eine wissenschaftliche, reale Basis finden. Deutscher Schäferhund und Dobermannspitzer erliegen sehr leicht der Staupe, darum gilt es, der Vermehrung dieser Hunderrassen entgegen zu arbeiten. U. a. ist auch eine bessere Erziehung zur Gewartheit nötig. Die wissenschaftliche Durcharbeitung aller der einschlägigen Fragen wird in wirtschaftlicher Hinsicht von Nutzen sein. Eine große Anzahl von Rednern brachte der Fachschule die Glückwünsche dar. Einer der Redner betonte, daß erst, wenn sämtliche tierärztlichen Hochschulen und landwirtschaftlichen Hochschulen einen Lehrstuhl für Knologie eingerichtet hätten, der Hund zum „ebenbürtigen“ Haustier (im Vergleich zu Pferd und Rind) geworden sei. Gute Worte wurden für die alten bodenständigen Hütchenhändler gesprochen, deren Leistungen von Allgemeininteresse sind. Zudem wurde noch recht eindringlich klargestellt, daß man auch in der Hundezucht nicht vorwärtskommt, wenn man nur noch einer sogenannten Ahnentafel sieht.

Verlängerung der Straßbahnlinie 154. Zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen nach dem Osten wird die Straßbahnlinie 154, Spandau—Schlesisches Tor, vom 12. Oktober dieses Jahres an im 15-Minutenverkehr über Schleißische Straße, Faltensienstraße, Oberbaumbrücke, Warschauer Straße und Frank-

furter Allee bis zum Ringbahnhoft Frankfurter Allee weitergeführt. Die Wagen der Linien 89 und 154 ergänzen sich auf der gemeinsamen Strecke zwischen Frankfurter Allee und Dorsstraße zu einem durchschnittlichen 7½-Minutenbetrieb.

## Der Mord an dem Reichsbannermann Schulz.

Revision vor dem Reichsgericht.

Das freisprechende Urteil gegen den Landwirt Alfred Rehnig, der das Reichsbannermittglied Schulz am Montage der Reichspräsidentenwahl in Schöneberg erschossen hatte, hat, wie erinnerlich, zu lebhaften Erörterungen in der Öffentlichkeit geführt. Die vom Justizminister vorgenommene Prüfung der Akten ist nunmehr beendet. Die Staatsanwaltschaft hat gegen das freisprechende Urteil Revision eingelegt. Gleichzeitig haben auch die bei der Schießerei mit verletzten Reichsbannerangehörigen Stoehr und Bernicke durch Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt-Berlin gegen dieses Urteil Revision einlegen lassen, indem sie sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen haben. Das Reichsgericht wird nunmehr über die Berechtigung beider Revisionen, die im wesentlichen auf die Verkenning des Begriffes der Notwehr gestützt sind, zu entscheiden haben.

## Gegen die Beseitigung des Mieterschutzes.

Kundgebung der Mieterbesitzer.

Zu einer machtvollen Kundgebung gegen die Beseitigung des Mieterschutzes und der Mitwirkung von Laien in der Mietgerichtsbarkeit gestaltete sich die Vollerfassung der Mieterbesitzer und Mieterhöflichen Groß-Berlins, welche in der vorigen Woche im überfüllten Bürgerhof des Berliner Rathauses stattfand. Genosse Kuben referierte über die Tagung der Mieteinigungsämter in Dresden und sprach im Anschluß daran über die Notwendigkeit nicht nur die Laien bei den Streitigkeiten über Kündigungen beizubehalten, sondern zu einer Ausgestaltung der Mietgerichte zu gelangen. Da auch die Beschränkung allmählich eine reine Tatsacheninstanz geworden ist, ist die Zuziehung von Laien auch in diesen Instanzen unbedingt erforderlich. Der Redner wies auf die scharfe Kritik hin, die in Dresden Professor Hein an der weltfremden Mietjustiz, insbesondere das Kammergericht gelobt hat. Die empörenden Zeugnisse des Reichsgerichtsrats Ping in Dresden darüber, daß der „Mieterschutz dem Volksempfinden widerspreche“, lassen auch die Forderung gerechtfertigt erscheinen, auch beim Reichsgericht nach dem Vorbild der zu schaffenden Arbeitsgerichtsbarkeit etwas mehr „Volk“ auch bei den Mietprozeßen vor den höchsten Gerichtshof zu ziehen. Der Redner gestellte unter dem Befehl der Versammlung die reaktionären Bestrebungen, die sich hinter der scheinbaren Objektivität bei der Beurteilung dieser Frage verbergen. Das Volk wird seine Mitwirkung an den Mietprozeßen und darüber hinaus sein Mitrecht an Wohnung und Heim nicht mehr rauben lassen. Eine sehr rege Aussprache und zahlreiche Mitteilungen des Vorsitzenden des Groß-Berliner-Ausschusses, Genossen Paul Lange schlossen sich dem Referat an. Der einmütige Wille der Versammlung wurde durch entsprechende Resolutionen zum Ausdruck gebracht. Ein Redner wies auch auf die mieterfeindlichen Bestrebungen gewisser Parteien hin, welche jetzt gerade in Berlin um die Stimme der Mieter sich bemühen.

In Havelands Festhallen, Neue Friedrichstraße, fand gestern abend eine Versammlung des Berliner Mieter-Bereins statt. Der Syndikus des Vereins, Rechtsanwalt Dr. Walter Goebel, sprach über das Thema: „Die Pläne der Regierung gegen den Mieterschutz“. Er führte aus, daß die Novelle zum Mieterschutzgesetz den Mieter seinem Wirt gegenüber völlig schutzlos mache, so daß man heute von einem Mieterschutz überhaupt nicht mehr reden könne. Die Novelle sei vom Interesse der Hausbesitzer diktiert. Ein wichtiges Moment bei dem alten Gesetz war die Stellung eines gleichwertigen Erfahrungsraum bei einem durch Richterpruch notwendigen Wohnungswechsel. Heute ist das Wort „gleichwertig“ getrichen worden, und die Willkür des Richters kann irgendeinen Raum als „genügend“ betrachten. Ein schwerster leiden natürlich Gewerbetreibende und Kaufleute unter dieser Maßnahme. Ja, man geht so weit, daß überhaupt nur dann ein Raum zur Verfügung gestellt wird, wenn mit dem Beschäftigt ein öffentliches Interesse verknüpft ist. Wann ist dies aber vorhanden? Die Versammlung nahm eine Entschlieung an, nach der die Regierung unbedingt ihre Politik den Mietern gegenüber ändern müsse. In der Diskussion hatte ein Propagandaredner der Sozialisten einen stürmischen Heiterkeitserfolg.

## Die Kleingärtner zur Wahl.

In Reinickendorf-Ost fand am Freitag abend eine Versammlung der Kleingärtner und Siedler des 20. Bezirks statt. Als Referenten waren die Genossen Stadtverordneter Wendi und Stadtrat Meyer erschienen, die darauf hinwiesen, daß die meisten deutschen Städte der Ausweisung von Kleingärten und Siedlungsgebiete nicht das nötige Entgegenkommen gezeigt haben. Sie haben damit die kulturelle Seite völlig verkannt. Die Kleingartenbewegung hat durch den Krieg einen großen Aufschwung genommen. Der Garten brachte nicht nur einen Zuwachs an Erd- und Baumfrüchten zu den kargen Mahlzeiten, sondern gab auch den Menschen Licht und Sonne, die aus der Enge der Steinfänge nach Schluß der Arbeitszeit und an freien Tagen dort die Stunden der Ruhe verbringen wollten. Der Bodenpflanzung kommt es nur darauf an, Profit zu schluden, ohne sich irgendwie Gedanken über das Wohl und Wehe der Mitmenschen zu machen. Heute sind die Bodenpflanzungen bereits wieder in Front, und leider befindet sich die Hälfte des in Berlin zur Ausweisung kommenden Geländes noch in Privatbesitz. Die Referenten gaben der Hoffnung Ausdruck, daß in nächster Zeit auch den Idealen, die unserer Partei vorschweben, insbesondere auf dem Gebiete der Dauerkleingärten und Siedlungen in großzügiger Weise stattgegeben wird. In der Diskussion richteten kommunistische Agitationsredner heftige Angriffe gegen das Bezirksamt, die geradezu lächerlich waren. Sonderbar erscheint das Interesse, das die Kommunisten auf einmal für die Kleingärtner entdecken. Einige Parteigenossen, die sich gegen die Lügen der kommunistischen Redner wandten, wurden geschäftsordnungswidrig am Reden gebindert. (1) Stadtrat Genosse Meyer und Stadtverordneter Genosse Wendi rechneten aber im Schlußwort mit den Phrosenhelden ab, die ja gar keine Dauerkolonien wollen, sondern durch demagogische Untertriebe unauffällige Kleingärtner in ihre Reihen zu ziehen versuchen. Nur durch Kampf und Aufklärung können die Kleingärtner etwas erreichen und darin finden sie in der Sozialdemokratie einen willigen Helfer.

## Verurteilung eines deutschen Fischdampferkapitäns.

Kopenhagen, 10. Oktober. (WIB.) Das Ministerium teilt mit: Das Fischereinspektionsgeschiff Island Bait hat am 7. Oktober den deutschen Fischerdampfer Bärle, Kapitän Bernhard Friedrich, wegen Fischerei in den Gewässern von Portland (Island) angehalten. Der Kapitän, der bereits schon früher angehalten worden war, weil er sich in den genannten Gewässern mit Fischereigeräten aufgehalten hatte, die in Unordnung waren, wurde zu einer Geldstrafe von 12000 Kronen in Gold, Einziehung der Geräte und Tragung der Kosten verurteilt.

## Groß-Berliner Parteinacht.

1. Abt. Heute abend 7 Uhr treffen sich alle Genossinnen bei Gottlieb, Rindfleischstr. 8, zur Vertreibung der „Wölferin“.
2. Abt. Die für die Verteilung bestimmten Flugblätter liegen heute Sonntag abend von 6 Uhr und morgen, Sonntag, den 11. Oktober, von 9 Uhr abends ab bei Eißels, Curville, 10, zur Abholung bereit.
3. Abt. Charlottenburg. Sonntag, den 11. Oktober, vormittags 4 Uhr. Hauptversammlung, I. und II. Gruppe bei Wierich, Rosenthal, 12. Gruppe bei Westhof, Schönebergstr. 30.
7. Abt. Wilmersdorf. Abends 6 Uhr Abholen der Flugblätter von Jense, Bülowstr. Straße. — Die Parteiführer sorgen für die Verteilung in ihren Bezirken.

